

**Nach der Krise:**

**Fünf Wegmarken der Ordnungspolitik**

## **1 Diagnose: zähe Erholung in Europa**

**Die Weltwirtschaft befindet sich am Beginn einer massiven Anpassung von weiträumigen Ungleichgewichten, ähnlich wie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Der Abbau des US-amerikanischen Defizits in der Leistungsbilanz verlangt wie damals einen niedrigen Dollarkurs. Dieser wird die konjunkturelle Lage in Europa für längere Zeit belasten. Eine langsame, zähe Erholung (in Form eines „L“ oder eines „U“) ist deshalb wahrscheinlicher als ein schneller Aufschwung (in Form eines „V“).**

Es ist erfreulich: Alle wichtigen Indikatoren deuten derzeit darauf hin, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ihrem Ende zu geht. Das Jahr 2009 markiert allem Anschein nach den Tiefpunkt der Krise. Nachdem das weltweite Produktionsniveau in den ersten beiden Quartalen noch um mehr als 2 Prozent niedriger lag als das jeweilige Vorjahrsniveau, fiel die Schrumpfung im dritten Quartal bereits erheblich moderater aus. Mit dem vierten Quartal scheint nun die Stagnation erreicht, und für das Jahr 2010 wird praktisch überall auf der Welt wieder mit einem mehr oder weniger starken Wachstum gerechnet. Nur noch für einige kleinere Länder, die alle in besonders dramatischer Weise unter dem Platzen einer Konsum- und Immobilienpreisblase gelitten hatten, wird aktuell noch mit einer weiteren Schrumpfung von mehr als 2 Prozentpunkten für das Jahr 2010 gerechnet. Dazu zählen Irland und die baltischen Länder.

Die erste Schussfolgerung daraus lautet: Eine Weltwirtschaftskrise wie in den frühen 1930er Jahren ist ausgeblieben. Offenbar haben die massiv expansiven geld- und fiskalpolitischen Notmaßnahmen praktisch aller Länder gegriffen und das Schlimmste verhindert. Immerhin: eine ermutigende Botschaft. Die schweren Fehler der Großen

Depression 1930-32 wurden vermieden, die Politik hat dazugelernt. Der Pragmatismus des Notstands hat sich bewährt: eine Leistung, die nicht gering zu veranschlagen ist.

Auf mittlere Sicht kann dies allerdings überhaupt noch nicht beruhigen. Denn es stellt sich jetzt die Frage, wie die kommende weltweite Erholung aussehen wird. In einigen großen asiatischen Ländern (allen voran China, Indien und Indonesien) läuft sie stürmisch. Dort brachte die Krise wohl nicht mehr als eine Delle im Wachstum der Industrieproduktion, das den dynamischen Aufholprozess dieser „newly emerging market economies“ vorantreibt. Anders in Europa und Nordamerika. Dort war die Rezession erheblich tiefer, und sie musste es nach dem Platzen der Blase auch sein, denn sie war kurzfristig der einzige Weg, um das riesige Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz deutlich zu reduzieren. Allerdings ist das Defizit noch immer hoch, und auf mittlere Sicht wird dies sich nur bei einem niedrigen Dollarkurs korrigieren.

Die aktuelle Situation hat auffallende Ähnlichkeit mit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Damals gelang es den Vereinigten Staaten im Gefolge einer drastischen Abwertung des US-Dollars in den Devisenmärkte, ihr damaliges „twin deficit“ im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz vor allem durch ein kräftiges Wachstum ihrer weltmarktorientierten Industrie in wenigen Jahren zu beseitigen. Die Last der Anpassung der amerikanischen Wirtschaft wurde gewissermaßen exportiert, und Europa erlebte eine Zeit nur sehr träger Expansion, bis sich mit der weitgehenden Kreditfinanzierung der Deutschen Einheit ab 1990 die Konstellation gründlich veränderte. Tatsächlich verfolgten die USA seinerzeit über Jahre eine Politik, die mit Blick auf den Dollarkurs die treffende Bezeichnung „benign neglect“ erhielt und verdiente.

Für Europa – und vor allem für Deutschland (und auch Österreich) – heißt dies heute: Die Zeit des exportgetriebenen Wachstums ist vorläufig vorbei. Und da weder von staatlicher noch von privater Seite bei noch länger unterausgelasteten Kapazitäten und schwieriger Finanzlage mit einem kräftigen Nachfrageschub zu rechnen ist, dürfte die Erholung zäh und zögerlich ausfallen. Dies gilt um so mehr, als in der schlimmsten Krisenzeit 2009 mit einer Fülle von konjunkturstützenden Maßnahmen die Nachfrage zeitlich nach vorne verlagert wurde, am spektakulärsten mit dem deut-

schen Modell der Abwrackprämie. Die Möglichkeiten, das eigentlich Nötige zu tun, nämlich die Binnenkonjunktur zu stützen, werden also begrenzt sein. All dies spricht – im Alphabet der konjunkturellen Buchstabensprache – für eine Stabilisierung und Erholung in Form eines „L“ oder bestenfalls eines „U“, nicht aber eines „V“.

Nicht wirklich hilfreich ist dabei die Währungspolitik jenes großen Landes, dessen rasant wachsende Wirtschaft eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Korrektur der weltweiten Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen spielen sollte: China. Tatsächlich könnte eine kräftige Aufwertung der chinesischen Währung die Anpassungslast für die Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten und Europas deutlich verringern, da dann China als verstärkter Nachfrager auf den Weltmärkten für Industrieprodukte auftreten würde. Dies hätte im Übrigen den Vorteil, der Gefahr einer inflationären Überhitzung der chinesischen Wirtschaft entgegenzuwirken – allerdings um den Preis eines etwas schwächeren Wachstums und einer drastischen Abwertung der riesigen Währungsreserven Chinas von derzeit etwa 2,3 Billionen (!) US-Dollar. Beides wird offenbar von der chinesischen Führung als politisch sehr unangenehm empfunden, weshalb bisher der konsequent merkantilistische Kurs des Landes beibehalten wurde. Es gibt keine Anzeichen, dass sich dies in der nächsten Zeit wandeln könnte. Europa muss wohl deshalb mit der jetzigen Konstellation weiter leben, auch wenn diese die nötigen Anpassungen deutlich erschwert und zusätzliche weltwirtschaftliche Risiken in sich birgt. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den latenten Handelsprotektionismus der Vereinigten Staaten, der durch die chinesische Politik geradezu provoziert wird (ähnlich wie durch die japanische Politik in den frühen 1980er Jahren).

## **2 Geldpolitik: strikten Stabilitätskurs durchsetzen**

**Die Geldpolitik vor allem der amerikanischen Zentralbank muss der Versuchung widerstehen, im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung abermals eine inflationäre Preisentwicklung bei Aktiva zuzulassen, selbst wenn die Güterpreise kurzfristig stabil sind. Die Politik der frühen 2000er Jahre darf sich nicht wiederholen. Stattdessen ist zu gegebener Zeit eine Politik des „leaning against**

**the wind“ erforderlich, um einen abermaligen „Tanz des Geldes“ zu verhindern. Dies wird politisch überaus schwierig.**

Aus der Finanzkrise lässt sich einiges lernen. Die wohl wichtigste Lektion lautet: Eine Geldpolitik, die lange Jahre schon bei den kleinsten konjunkturellen Risiken die kurzfristigen Zinsen auf ein sehr niedriges Niveau senkt und dem Markt großzügig Liquidität zuführt, trägt massive Risiken in sich. Dies gilt auch und gerade in einem Umfeld der Stabilität des Preisniveaus für Güter und Dienstleistungen. Denn gerade dann sind die Voraussetzungen für eine – vermeintlich profitable – Spekulation in den Märkten für Aktiva besonders vielversprechend, von Schuldverschreibungen und Aktien bis zu Immobilien und Kunstwerken. Genau diesen Weg beschritt die amerikanische Zentralbank in den Jahren 2001 bis 2005, insbesondere nach dem Platzen der sog. Dotcom-Blase und dem Terroranschlag vom 11. September 2001. Hinzu kam eine gezielte Politik der (direkten oder indirekten) Subventionierung des Erwerbs von Wohnungseigentum. Das Ergebnis: Fast eine Verdoppelung der amerikanischen Immobilienpreise in wenigen Jahren, damit bei dem hohen Anteil von Hauseigentümer an der US-Bevölkerung (etwa Zweidrittel!) eine enorme Aufblähung der privaten Vermögenswerte und dadurch eine massive Erhöhung des privaten Konsums, bis das spekulative Gebäude ab 2006 Risse bekam und in 2007 und 2008 krachend zusammenbrach.

Die Schlussfolgerung kann nur lauten: Eine derartige Geldpolitik ist falsch. Sie darf sich nicht wiederholen. Stattdessen muss die Geldpolitik frühzeitig dem Entstehen von übermäßigen Blasen entgegentreten – durch eine Politik des „leaning against the wind“, so schwer es auch den besten Experten fallen mag, eine Blase als „übermäßig“ zu identifizieren. Hier hat die Geldpolitik eine zentrale Verantwortung, der sie bisher nicht überall – und vor allem nicht in den Vereinigten Staaten – nachgekommen ist. Dabei kommt der amerikanischen Zentralbank, dem Federal Reserve System, natürlich eine weltweite Schlüsselrolle zu: Sehr viele Länder verfolgen, offen oder verdeckt, eine Politik der Bindung ihrer Währung an den US-Dollar („pegging“), so dass sich jedes expansive geldpolitische Signal der USA über weite Teile der Welt verbreitet.

Die bevorstehende Erholungsphase der Weltwirtschaft bietet nun in geradezu beklemmender Weise einen ersten großen Test, ob – und, wenn ja, inwieweit – die amerikanische Geldpolitik aus der Krise dazu gelernt hat. Derzeit liegen die kurzfristigen Zinsen in den USA auf einem extrem niedrigen Niveau, genau so wie die laufende Rate der Preisinflation (wie auch immer gemessen). Die Arbeitslosenquote hat dagegen mit rund 10 % einen langjährigen Höchststand erreicht. Kommt es in den nächsten beiden Jahren zu einem spürbaren, vielleicht sogar kräftigen Konjunkturaufschwung (bei schwächerem US-Dollar ein durchaus wahrscheinliches Szenario!), so sind frühzeitige Schritte in Richtung Restriktion angezeigt, zumal sie als wesentlicher Indikator der stabilitätspolitischen Glaubwürdigkeit interpretiert würden. Genau dagegen wird es aber voraussichtlich massiven politischen Widerstand geben, da nach der schwersten Rezession seit der Großen Depression der Druck von Seiten der Wirtschaft und der Gewerkschaften enorm sein wird, eine schwungvolle Erholung zunächst einmal ungebremst laufen zu lassen. Dies gilt zumal dann, wenn sich inflationäre Tendenzen „nur“ in an den Börsen und den Immobilienmärkten zeigen, aber noch nicht in den Verbraucherpreisen. Es droht dann eine Situation, die der in den Jahren nach der dotcom-Krise sehr ähnelt.

Für Europa sind an dieser Stelle die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme begrenzt. Es wäre aber wichtig, frühzeitig das Thema des weltwirtschaftlichen Ausbalancierens einer etwaigen Erholung mit hoher Priorität auf die Tagesordnung internationaler Gipfeltreffen zu setzen. Eine in diesem Sinne „nachhaltige Geldpolitik“ mag erheblich größere Bedeutung für die Stabilität der Weltwirtschaft in der Zukunft haben als Fragen der – international koordinierten – Regulierung der Finanzmärkte.

### **3 Finanzmarktaufsicht: keine Illusionen schüren**

**Die Politik muss sich bei der Reform der Finanzmarktaufsicht von Utopien verabschieden und realistischen Zielen zuwenden. Utopisch ist die weltweite Regulierung der Finanzprodukte und Vergütungssysteme von Banken und Finanzinstitutionen. Realistisch ist dagegen die Stärkung der nationalen Aufsichtsbehörden, die Verbesserung der internationalen Kooperation, die Hers-**

## **tellung von Transparenz in den Bilanzvorschriften und die Überprüfung der Kapitalunterlegung von Kreditgeschäften.**

Die Finanzkrise hat den Ruf nach einer umfassenden internationalen Regulierung der Finanzmärkte überall verstärkt. Dies ist nachvollziehbar, hat doch das hohe Maß an Ansteckung zwischen den Finanzplätzen und –instituten gezeigt, dass praktisch kein Land sich vollständig isolieren kann. Tatsächlich hat das jüngste G20-Treffen in Pittsburgh erste Ergebnisse geliefert. Das wichtigste: die Einrichtung eines Financial Stability Board als Gremium von Vertretern von Zentralbanken und nationalen Finanzaufsichtsbehörden. Das Gremium soll dazu beitragen, die nationalen Vorschriften zu harmonisieren, insbesondere mit Blick auf (strengere) Eigenkapitalvorschriften.

Dies alles macht Sinn, genau so wie die intensiven Diskussionen über Reformen der nationalen Finanzmarktregulierungen, die derzeit in praktisch allen OECD-Ländern geführt werden und deren Ergebnisse im Einzelnen abzuwarten sind. Sie betreffen vor allem auch die Transparenz und Ausgestaltung von Bilanzierungsregeln, deren Schwächen in der Finanzkrise überaus deutlich wurden, so zum Beispiel in Deutschland im Zusammenhang mit Special Investment Vehicles (SIVS), die von Landesbanken gegründet und geschäftlich geführt wurden, deren Risiken aber nicht in den Bilanzen auftauchten. Allerdings lässt allein schon die Komplexität der Materie vermuten, dass es hier zunächst um Aufgaben gehen muss, die auf nationaler Ebene zu lösen sind – und erst dann zum Gegenstand einer Diskussion auf internationaler Ebene gemacht werden sollten.

Was die Möglichkeit umfassender internationaler Vereinbarungen betrifft, muss man vor überzogenen Erwartungen einer aufgebrachten Öffentlichkeit nachdrücklich warnen. Es erscheint wenig realistisch anzunehmen, dass Länder mit sehr unterschiedlichen Traditionen in nationalen Kapitalmärkten und sehr unterschiedlichem Grad der Internationalität ihrer Börsen- und Finanzplätze bereit sein könnten, sich auf eine gemeinsame Detailregulierung zu einigen. Dies gilt insbesondere für den anglo-amerikanischen gegenüber dem kontinentaleuropäischen Raum: Die überragende globale Bedeutung der Finanzplätze London und New York macht es höchst unwahrscheinlich, dass durch Liberalisierung gewonnene Wettbewerbsvorteile auf dem

Altar einer weltweiten Regulierung geopfert werden. Dies gilt umso mehr, als weitere attraktive Finanzplätze in „newly emerging market economies“ mit geringerer Regulierungsdichte dadurch Wettbewerbsvorteile erlangen könnten. Dies betrifft auch und vor allem die beliebte Frage nach der Struktur und Höhe von Gehältern und Boni von Bankangestellten. Hier erscheint es geradezu realitätsfremd zu vermuten, dass große Bank- und Finanzplätze einen derart wichtigen Wettbewerbsparameter aus der Hand geben könnten. In dieser Hinsicht muss der Weg zu ökonomisch sinnvollen Regeln, die mehr die lang- und nicht die kurzfristige Gewinnerorientierung fördern, auf dezentraler Ebene gefunden werden.

#### **4 Finanzpolitik: konsolidieren ohne Steuererhöhungen**

**Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen muss den privaten Verbrauch und die privaten Investitionen schonen. Dies gilt zumindest für Deutschland und all jene europäischen Länder, die nicht unter einem “bubble hangover“ leiden. Es darf dort keine Steuererhöhungen geben, denn diese würden sowohl die konjunkturelle Erholung als auch die Korrektur der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte massiv erschweren. Auf den Prüfstand gehören dort die öffentlichen, nicht die privaten Ausgaben.**

Die Finanz- und Konjunkturkrise hat die öffentlichen Defizite in praktisch allen Ländern in die Höhe getrieben. Dafür gab es im wesentlichen drei Gründe: massive Stützungsmaßnahmen für Banken und Finanzinstitutionen, groß angelegte Konjunkturprogramme sowie hohe rezessionsbedingte Steuerausfälle. Ein Teil dieser Defizite wird sich dann von selbst korrigieren, wenn die konjunkturelle Lage sich verbessert. Fällt allerdings die Erholung, was wahrscheinlich ist, zumindest in Europa relativ zögerlich aus, so wird es einen beträchtlichen Bedarf an Haushaltskonsolidierung geben, der trotz Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Lage verbleibt.

Dies wird die Politik in einigen Ländern – vor allem auch in Deutschland und Österreich – in ein Dilemma treiben, das schwer zu lösen ist. Die politische Alternative wird lauten: Ausgabenkürzung oder Steuererhöhung oder weiterhin Inkaufnahme hoher Defizite. Zumindest in Deutschland wird der Weg der Verschuldung auf Dauer nicht

möglich sein, da im Zuge der Föderalismusreform II bis 2019 für die Länder ein Verschuldungsverbot und für den Bund eine maximale Neuverschuldung auf sehr niedrigem Niveau vereinbart wurde. Diesen Weg erneut in Frage zu stellen käme einem staatspolitischen Offenbarungseid gleich und wird wohl als Alternative ausscheiden. Umso stärker wird der politische Druck werden, den Weg zumindest mittelfristig über eine Steuererhöhung zu gehen. Naheliegend wäre dabei eine kräftige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, wie schon 2006 geschehen, damals von 16 auf 19 %.

Ein solcher Weg wäre in zweierlei Hinsicht fragwürdig, in Deutschland und auch anderswo. Zum einen würde er den privaten Verbrauch dämpfen und damit genau dem entgegen wirken, was in Anbetracht der anstehenden Korrektur der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte geboten ist. Da ein (wahrscheinlich) schwacher Dollar dem Wachstum der Industrie in Europa schaden wird, bedarf es eher einer Stärkung als einer Schwächung der Binnennachfrage. Da der Staat wegen seiner hohen Defizite auf absehbare Zeit außerstande sein wird, einen Beitrag zu dieser Stärkung zu leisten, muss diese von privater Seite kommen – und zwar eher vom Konsum als von den Investitionen, da zumindest für einige Jahre eine beträchtliche industrielle Überkapazität herrschen wird.

Kurzum: Der einzig sinnvolle Weg ist eine nachhaltige Politik der staatlichen Ausgabenkürzung. Hier bedarf es einer grundlegend neuen Initiative zur Überprüfung öffentlicher Ausgaben und Aufgaben auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften. Eine solche war bereits in der letzten großen Krise der öffentlichen Finanzen etwa in der Zeit 2002 bis 2005 im Gange, wurde dann aber in Deutschland (und in anderen Ländern) durch den überaus günstigen Konjunkturverlauf und die dadurch anfallenden Steuermehreinnahmen nicht konsequent fortgeführt. Tatsächlich waren die drei Jahre vor dem vollen Einsetzen der weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise eine Phase deutlich zunehmender Ausgaben bei relativ kommoder Einnahmesituation.

Insofern sind die kommenden Jahre finanzpolitisch durchaus auch als Chance zu betrachten: Erst in Zeiten extrem knapper Kassen kann es gelingen, nachhaltige Weichen der finanzpolitischen Konsolidierung zu stellen. Allerdings bedarf dies einer weitsichtigen Planung, mit der bereits heute begonnen werden muss. Insofern ist der Ruf nach sog. „Exit-Strategien“ für die Zeit nach der Krise, wie er bei der G20-

Tagung in Pittsburgh laut wurde, überaus ernst zu nehmen. Wichtig ist allerdings, dass mit „Exit“ nicht dauerhafte Steuererhöhungen – und damit auch höhere Staatsquoten – gemeint sind, sondern niedrigere Ausgaben.

## **5      **Priorität: Sozialstaat reformieren****

**Priorität muss der Umbau der Sozial-, Alterssicherungs- und Gesundheitssysteme haben – mit dem Ziel, in einer alternden Gesellschaft eine hohe Erwerbsbeteiligung bei tolerablen Kosten zu ermöglichen, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Binnenmarktkräfte zu stärken. Hier stehen Deutschland (und die meisten seiner Nachbarn) vor unverändert großen Herausforderungen. Diese sind durch die Krise eher noch größer geworden. Sie verlangen mehr politische Kraft denn je.**

Eng verknüpft mit der Frage der Haushaltskonsolidierung ist die weitere Reform des Wohlfahrtsstaats, die praktisch in allen kontinentaleuropäischen Ländern unverändert auf der Tagesordnung steht. Es gilt dabei, den Weg in Systeme zu ebnen, die nachhaltig finanzierbar sind und Wachstumsimpulse für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft bieten.

Was das Sozialsystem betrifft, wird es weiterhin darum gehen, die Re-Aktivierung von Menschen in Arbeitslosigkeit zu verbessern und dadurch die volkswirtschaftlichen und fiskalischen Kosten sowie dem Verlust an Motivation und Lebensfreude, den Wirtschaftskrisen verlangen, zu minimieren. Dabei sind auch die Tarifpartner gefragt, innovative Lösungen zu finden. Die Tatsache, dass die jüngste schwere Konjunkturkrise in weiten Teilen Kontinentaleuropas - und vor allem auch in Deutschland und Österreich – nicht zu dem erwarteten massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat, ist dabei durchaus ermutigend. Offenbar nutzt die Wirtschaft verstärkt Möglichkeiten der Flexibilität auf betrieblicher Ebene einschließlich der Kurzarbeit in der Rezession und der Leiharbeit im Boom. Dies mag dazu beitragen, dass der früher zu Recht beklagte Vorsprung an Flexibilität des anglo-amerikanischen gegenüber dem kontinentaleuropäischen Arbeitsmarktmodell sich deutlich verringert hat.

Was die Alterssicherungssysteme betrifft, wird in Anbetracht der gestiegenen Lebenserwartung kein Weg an einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorbeiführen. Diese sollte aber möglichst flexibel gehandhabt werden, um individuellen Wünschen unterschiedlicher Kombination von Rentenniveau und Lebensarbeitszeit gerecht zu werden. In Anbetracht der Knappheit an Facharbeitern, die aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten ist, bedarf es auch verbesserter Möglichkeiten der betrieblichen Re- und Neuqualifizierung auch in höherem Alter. Es muss eher die Regel als die Ausnahme sein, dass auch noch über Fünfzigjährige sich weiterbilden, selbst wenn sie nicht akut von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Bei einer längeren Lebensarbeitszeit wird es sich für Unternehmen zunehmend lohnen, die Kosten für Investitionen in die Weiterbildung auch für Ältere zu übernehmen, weil die verbleibende Laufzeit des Beschäftigungsverhältnisses noch entsprechend lang ausfällt.

Was die Gesundheitssysteme betrifft, wird es sinnvoll (und unvermeidbar) sein, das sich stetig verbessernde medizinische Leistungsspektrum bis in das hohe Alter zu nutzen. Dies wird allerdings bedeuten, dass selbst bei Ausschöpfen aller denkbaren Effizienzreserven die Gesundheitskosten steigen werden. Hier bedarf es tatsächlich einer grundsätzlichen Verschiebung der gesellschaftlichen Prioritäten und einer offenen politischen Diskussion darüber. Eine alternde Gesellschaft muss einen höheren Anteil ihres Einkommens für Gesundheit ausgeben als eine junge Gesellschaft. Dazu muss jeder einzelne seinen Beitrag leisten. Und dies gilt umso mehr, wenn die Gesellschaft in einem Zeitraum altert, in dem die medizinische Versorgung sich qualitativ radikal verbessert. Althergebrachte Vorurteile, es dürfe nicht mehr als ein bestimmter, politisch festgelegter Anteil des Einkommens für Gesundheit ausgegeben werden, passen nicht mehr in unsere Zeit. Werden solche Vorurteile Stück für Stück abgebaut, so entsteht auch der finanzielle Spielraum, um einen modernen und innovativen Sektor medizinischer und pflegerischer Dienstleistungsangebote entstehen zu lassen. Dies ist natürlich politisch ein überaus schwieriger Prozess, denn er verlangt mutige Entscheidungen und eine gewisse Einsichtsfähigkeit der Bevölkerung. Aber wenn er gelingt, kann er auch dazu beitragen, die Binnennachfrage zu stärken und klassische (und erfolgreiche) „Industrieländer“ wie Deutschland und Österreich näher an eine Wirtschaftsstruktur heranzuführen, die das Erreichen eines nachhalti-

gen Weltmarktgleichgewichts befördert und nicht behindert. Und dies alles ohne eine Schwächung der Industrie.